

DER SOZIALSTAAT BRAUCHT SCHRANKEN

EIN STANDPUNKT VON WOLFGANG STEIGER

Die sich weit öffnende Steuer- und Abgabenschere lässt den Erwerbstätigen zu wenig von den Früchten ihrer Arbeit und macht mit steigenden Lohnzusatzkosten den Standort Deutschland immer unattraktiver für Investoren und Gründer. Mittlerweile liegt die Steuer- und Abgabenlast hierzulande auf Rekordniveau unter den Industrieländern.

Die Sozialabgaben sind seit den Wirtschaftswunderjahren in die Höhe geschossen und nehmen den Arbeitnehmern immer mehr von ihrem Brutto: Lagen die Sozialversicherungsbeiträge bis 1960 unter 25 Prozent, bis 1974 unter 30 Prozent und bis 1985 unter 35 Prozent, so hat sie für Kinderlose mittlerweile die lange als maximale Obergrenze betrachtete 40-Prozent-Marke überschritten. Positive Trends in der Bruttolohnentwicklung werden so kontinuierlich zunichte gemacht.

AMPELKOALITION LÄSST ZÜGEL SCHLEIFEN

Wenn nun in den kommenden Jahren die Babyboomer in den Ruhestand treten, werden die Lohnzusatzkosten bei heutiger Gesetzeslage massiv ansteigen, bis 2040 um rund zehn Prozentpunkte. Umso wichtiger ist Sparsamkeit bei der Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme. Doch ganz im Gegenteil lässt die Ampelkoalition in der Sozialpolitik alle Zügel schleifen. Bereits während der Koalitionsverhandlungen gab die Ampelkoalition das 40-Prozent-Beitragsziel für die sozialen Sicherungssysteme auf. Das hat einen enormen Preis: Galoppierende Sozialversicherungsbeiträge verteuern als Lohnzusatzkosten den Produktionsfaktor Arbeit. Das macht den Standort Deutschland unattraktiv, kostet Arbeitsplätze und ist kontraproduktiv für den Leistungswillen unserer Arbeitnehmer.

GRUNDRENTE UND RENTE MIT 63 WIEDER STREICHEN

Angesichts der jahrzehntelangen Leistungsausweitungen in den sozialen Sicherungssystemen und Sozietats ist die Sozialstaatsquote immer weiter gestiegen. Um dem entgegenzuwirken müssen in den sozialen Sicherungssystemen als erster Schritt die verschiedenen Rentenpakete der Großen Koalitionen mit zumeist willkürlichen Bevorzugungen einzelner Gruppen wieder eingesammelt



Abb.: Jens Schlicke

Wolfgang Steiger ist Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

werden, insbesondere die Grundrente und die Rente mit 63. Mittelfristig ist die Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung entscheidend. Nur so bleibt das Verhältnis von erwerbstätigen Beitragszahlern einerseits und Rentnern andererseits halbwegs im Lot, und die Rentenfinanzierung wird auf eine solide Basis gestellt.

Zugleich sollte die Erwerbsarbeit auch über die Regelaltersgrenze hinaus erleichtert werden, indem bürokratische Hürden gerade für die Arbeitgeber abgebaut werden. Durch solche Einsparungen bei den Sozialausgaben entsteht Spielraum zur Entlastung der fleißigen Bürger in unserem Land. ■